

## THE ART OF DEMOCRACY

# RESILIENTE KUNST UND KULTUR Umgangsstrategien mit anti-demokratischer Agitation

Martín Valdés-Stauber  
Paulina Fröhlich  
Paul Jürgensen

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Dem Fortschritt eine Richtung geben.


## THE ART OF DEMOCRACY

### RESILIENTE KUNST UND KULTUR

## Umgangsstrategien mit anti-demokratischer Agitation

<b>I. Kulturpolitik als Demokratiepolitik?</b>	<b>3</b>
<b>II. Herausforderungslage angesichts anti-demokratischer Einflussnahme und Einschüchterung</b>	<b>5</b>
Kultur: Mittel und Zweck der Neuen Rechten	<b>5</b>
Konkrete Herausforderungen und Folgeprobleme rechter Agitation im Kunst- und Kulturbereich	<b>6</b>
<b>III. Umgangsstrategien mit und Unterstützungsmöglichkeiten bei rechter Agitation</b>	<b>8</b>
Stärkung der Handlungsfähigkeit: Lokale Allianzen und überregionale Netzwerke	<b>8</b>
Physische und symbolische Gewalt nicht akzeptieren: Dokumentation und Hausrecht	<b>10</b>
Diskursverschiebung: Kreative Mittel, breites Angebot und Selbstkritik	<b>12</b>
Falsche Neutralität: Wissensvermittlung auf allen Ebenen	<b>12</b>
Selbstbeschränkung: Selbstbewusstsein durch Kenntnis und Austausch	<b>14</b>
Grenzübergreifende Einflussnahme: Fortbildungen und Mut	<b>15</b>
<b>IV. Künstlerische Praxis als Arbeit an der Offenen Gesellschaft</b>	<b>16</b>
<b>Autor:innen</b>	<b>18</b>
<b>Danksagung</b>	<b>19</b>
<b>Impressum</b>	<b>20</b>





**Geraten Kunst und Kultur unter Druck, gerät Demokratie unter Druck. Vor diesem Hintergrund besteht der übergeordnete Zweck des Vorhabens “The Art of Democracy – Countering Populism in Arts & Culture” darin, die Resilienz der Kunst- und Kulturschaffenden zu stärken und Umgangsstrategien angesichts illiberaler Einflussnahme, anti-demokratischer Einschüchterung und anti-pluralistischer Anfeindungen bereit zu stellen.**

Der vorliegende Text fußt auf einem intensiven Erfahrungsaustausch mit Kunstschaffenden und Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung im Rahmen von sechs Workshops in Bochum, Halle, Hamburg, München, Dresden und Erfurt sowie einer bundesweiten, digitalen kulturpolitischen Abschlusskonferenz unter Beteiligung von Staatsministerin Claudia Roth. Das hochspezifische Kontext- und Erfahrungswissen der teilnehmenden Expert:innen ermöglichte die Erstellung der vorliegenden Analyse von Herausforderungen und Bedrohungen sowie die Übersicht an Hilfestellungen für Kunst- und Kulturschaffende, die durch Angriffe in ihrer künstlerischen Praxis eingeschränkt werden.

Die Überschrift “The Art of Democracy” betont den Beitrag, den Kunst und Kultur für unser demokratisches Miteinander und die Selbstbeschreibung der Gesellschaft leisten können. Dabei ist der Titel zweideutig: *Die Kunst der Demokratie* könnte betonen, dass die Gesellschafts- und Staatsform der Demokratie eine Kunst für sich ist; oder aber darauf abzielen, dass Demokratie eine besondere Form der Kunst hervorbringt bzw. benötigt. Deshalb möchte der vorliegende Text auch als Plädoyer dafür verstanden werden, Kulturpolitik als Demokratie- und Gesellschaftspolitik zu begreifen und ihr im politischen Feld größere Geltung zu verschaffen.

Versteht man Kunst und Kultur als Arbeit an der Offenen Gesellschaft, so sind die Anfeindungen gegen Kulturschaffende Angriffe auf unser demokratisches

Gemeinwesen. In diesem Zusammenhang sei auf die Funktion von Kunst und Kultur, jenseits von Selbstzweck und Genuss, verwiesen: Gerade jene Dinge, die ein Staat bewusst nicht zentral steuert, wie Wissenschaft, Journalismus oder Kunst, stiften die Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (siehe Böckenförde-Diktum). Kunst und Kultur bereichern die demokratische Gesellschaft, stiften Sinn und Lebensqualität, leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und eröffnen Freiräume zum kritischen Diskurs sowie zur öffentlichen Meinungsbildung.

Allerdings erschweren prekäre und bedrohliche Arbeitsumstände diese Arbeit, seien es wirtschaftliche Umstände oder konkrete Anfeindungen. Insbesondere die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie sowie der Zustand vieler kommunaler Haushalte verschärft die angespannte Lage von Kunst und kultureller Bildung. Diese Konstellation erzwingt und ermöglicht aber auch, grundlegend zu fragen: Wie können Kunst und Kultur ihr demokratieförderndes Potenzial ausschöpfen? Im Sinne einer Stärkung der Offenen Gesellschaft könnten zugewandungsrechtliche Anreize gesetzt werden, um Kulturschaffende und Kunsteinrichtungen als zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu stärken. Dies würde auch dazu beitragen, Kunst und Kultur Zugang zu neuen Fördermitteln zu verschaffen und eine Verschränkung von Strategien (Sport, Kunst, Sozialarbeit etc.) im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen voranzutreiben.

## The Art of Democracy – Erfahrungsaustausch im künstlerischen Feld

Was bedeutet es für eine Offene Gesellschaft, wenn die Räume der Kunst enger werden? Welchen Formen anti-demokratischer Anfeindung sind Kunst- und Kulturschaffende in ihrem Alltag ausgesetzt und welche Strategien helfen im Umgang mit diesen? Gemeinsam mit Kulturschaffenden sowie mit Personen aus Politik und Verwaltung aus der gesamten Bundesrepublik ging das Progressive Zentrum mit dem Projekt "The Art of Democracy – Countering Populism in Arts & Culture" genau diesen Fragen nach. Kooperationspartnerin des Vorhabens war dabei die Kulturpolitische Gesellschaft.

Auf der Grundlage von zwölf Tiefeninterviews mit Expert:innen aus Kultur, Politik und Verwaltung wurde eine Workshopreihe mit insgesamt sechs Stationen (Bochum, Halle, Hamburg, München, Dresden und Erfurt) konzipiert, bei welcher es von besonders großer Bedeutung war, regional und lokal unterschiedliche politische, gesellschaftliche und kulturelle Perspektiven sowie die Vielfalt der im Kultursektor tätigen Akteur:innen abzubilden. Die Workshopreihe verfolgt drei Ziele:

1. Durch den cross-sektoralen Austausch ein geteiltes Bewusstsein über die vielfältige Herausforderungslage erlangen.
2. Erfolgreiche Handlungsstrategien im Umgang mit anti-demokratischer Einflussnahme (v.a. rechtspopulistischer Agitation) sammeln und neue Umgangsstrategien (basierend auf einer kritischen Reflexion über das eigene Selbstverständnis) entwickeln.
3. Bedürfnisse und Forderungen erarbeiten, welche aus Sicht der Teilnehmenden den Kunst- und Kultursektor in seiner Freiheit und Souveränität stärken könnten.

Auf einer abschließenden, bundesweiten kulturpolitischen Konferenz wurden die auffälligsten Erfahrungen und Erkenntnisse aus den

Workshops erneut aufgegriffen und vertieft diskutiert. Kulturstaatsministerin Claudia Roth sowie 150 Teilnehmende besprachen darüber hinaus verschiedene Bedürfnisse und Erwartungen, die die Teilnehmenden an die Kulturpolitik stellen. Das Projekt ermöglichte eine Vielzahl an Begegnungen, wodurch neue lokale und überregionale Austausch- und Vertrauensnetzwerke gebildet werden konnten. Die Durchmischung der Erfahrungsgruppen, sowohl in Hinblick auf den Tätigkeitsbereich (Kunst, Politik, Verwaltung) als auch in Hinblick auf verschiedene Vielfaltsdimensionen beabsichtigte bei diesem gemeinsamen Lernprozess wechselseitig "blinde Flecken" des eigenen Erfahrungsausschnitts zu reflektieren.

Die vorliegende Publikation wirft einen aktuellen Blick auf die derzeitige Herausforderungslage von Kunst- und Kulturschaffenden unter rechter Agitation. Darüber hinaus bietet sie eine ausgewertete Sammlung von konkreten Umgangs- und Unterstützungsmöglichkeiten, die zu einer höheren Resilienz von Kunst und Demokratie beitragen sollen.

Eine übergeordnete Auffälligkeit:

Workshopteilnehmende aus städtisch geprägten Orten beschrieben sich als wesentlich resilienter gegenüber rechten Agitationen als ihre Kolleg:innen aus dem eher ländlich geprägten Raum. Regionen mit geringer Einwohner:innendichte, hoher Abwanderung und älterer Bevölkerung bieten weniger Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende, wodurch sie insgesamt vulnerabler sind. Auch die Unterstützung aus der Bevölkerung bei Angriffen scheint in Städten deutlicher auszufallen. Zudem berichteten mehr Teilnehmende aus ostdeutschen Bundesländern von kritischen Situationen mit rechten Akteur:innen, als es ihre Kolleg:innen aus westdeutschen Bundesländern taten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Diese Beobachtungen sind nicht repräsentativ oder wissenschaftlich erfasst. Sie verweisen allerdings darauf, wo Unterstützungsstrukturen mehr gestärkt werden müssen als anderswo, sei es in Form von finanzieller oder ideeller Förderung, oder in Hinblick auf Vernetzungsangebote und gelebte Solidarität.

# I. Kulturpolitik als Demokratiep politik?

Künstlerische Arbeit kann zur Demokratiearbeit beitragen. Paradoxerweise gelingt diese Arbeit an der Offenen Gesellschaft durch die zwecklose Freiheit der Kunst: Kunst muss überhaupt keine Funktion, keinen Nutzen erfüllen. Sie ist frei, irritiert, provoziert und kritisiert. Kunst muss nicht gefallen, unterhalten oder zusammenführen – und dennoch schafft sie Räume des Experiments, der Vielfalt, der Begegnung und des Austausches. Sie fördert Ambivalenztoleranz, trainiert Perspektivwechsel und eröffnet neue Möglichkeitshorizonte. Kunst verändert das gesellschaftliche Repertoire und Reservoir zur Verfügung stehender Bilder, Symbole und Begriffe. Gerade aufgrund ihrer Bedeutung für die Offene Gesellschaft gilt es, Kunst und Kultur in einer Demokratie durch staatliches Engagement zu fördern.

## Kunst und Demokratie: Komplexität und wechselseitige Bezugnahme

Alle Workshops begannen mit einer Übung, die das Verhältnis zwischen den Begriffen des Projekt titels "The Art of Democracy", also "Kunst" und "Demokratie" ausloten sollte. Die Gruppen wurden jeweils halbiert. Eine Teilgruppe befasste sich mit den Fragen: "Was ist Kunst? Und wozu betreibt man sie?" Die andere fragte sich: "Was ist Demokratie? Und was benötigt sie?". Aus dieser Problemstellung ergibt sich eine Vier-Felder-Tafel, die die Komplexität des Projekt titels offenkundig werden lässt. Ziel der Übung war, die Komplexität der Fragestellung anzureichern und im Rahmen eines gemeinsamen Bewusstmachungsprozesses sichtbar zu machen, um gemeinsam sprechfähig zu werden:

Was ist Kunst?	Was ist Demokratie?
Und wozu betreibt man sie?	Und was benötigt sie?

Einige ausgewählte Beobachtungen:

### WAS IST KUNST?

*überlebenswichtig, frei & doch politisch, Pflichtaufgabe, bunt, Auseinandersetzung, Verhandlungsraum & ein öffentliches Ärgernis, Vision, Utopie & Dystopie, divers, radikal, essentiell, impulsgebend, zukunftserschließend, verbindend, Erkenntnisgewinn & unverständlich, ein Markt & Konsumgut, grenzüberschreitend, Irritation, Bildung, Geldverschwendung & Lebensunterhalt, Definitionsmacht, unterliegt einem umstrittenen Kunstbegriff, ziellos & zielorientiert, experimentell, Modus der Wahrnehmung & Ausdrucksmittel, horizonterweiternd, wahrnehmungserweiternd, Freiheit, wärmespendend & empathiefördernd, bildet ohne abzubilden, will nicht erklären & soll inspirieren, formt die Wirklichkeit durch Phantasie, Imagination und Utopie, ist nicht zweckrational, unabhängig aber parteiisch, gesellschaftliche Verständigungsform, Kunst ist kritisch, stellt mehr Fragen, als sie beantwortet, stellt Grenzen infrage, bietet Raum für politische Agitation & wirkt heilsam*

### WOZU BETREIBT MAN KUNST ?

*Reflexion & Unterhaltung, Entspannung & Vergnügen, Perspektivwechsel, andere Ausdrucksform, Realitätsflucht & Realitätserweiterung, Demokratieförderung, Sichtbarmachung, Ermahnung, Begegnungsanlass, Wertevermittlung, Instrumentalisierung & Manipulation, Abbilden von Vielfalt & Empowerment, Ausdruck von Freiheit, um Abgründe sichtbar zu machen, Distinktionsmittel, Freizeit und Ablenkung (als Konsumgut), Provokation und Einladung, Möglichkeit gesellschaftlichen Austausches, Mittel zur Teilhabe, Lust und Freude, Lobbyismus für Minderheiten, impulsgebend, zur Erweiterung von Freiheits- und Möglichkeitsräumen, gemeinschaftsstiftend (kann auch problematisch sein im Sinne identitärer Schließung), Infragestellung und Unterwanderung des Bestehenden, Selbstvergewisserung und Spiegel der Gesellschaft*

**WAS IST DEMOKRATIE?**

*anstrengend, Mehrheitsherrschaft & Minderheitenschutz, langsam, Prozess der Aushandlung & Entscheidungsfindung, nie fertig und nie perfekt, sollte ein Menschenrecht sein, muss verteidigt werden, krisenanfällig, ein Wertesystem, Grundrechte, Menschenwürde, verfassungsgestützt, Gerichtsbarkeit, ein gesellschaftliches Ordnungssystem, Wahlfreiheit als Recht, ein Entscheidungssystem, eine Kultur im gemeinsamen Umgang, mühsam und langwierig (Frustrationstoleranz), vom Demos definiertes Regelwerk & strukturierter Prozess, Zugang aller ohne Hierarchien: Gleichheit, Freiheit und Solidarität, Transparenz, Gemeinwohlorientierung, Volkssouveränität & Repräsentationssystem, Schutz, gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle*

**WAS BENÖTIGT SIE?**

*stetiges Engagement (Demokratieverteidiger:innen), ehrliche & glaubhafte Repräsentant:innen, starke Opposition, Streit, Diskussion, Mehrheiten, Vielfältigkeit und Respekt, Bildung, Stimmrecht für alle, die von Entscheidungen betroffen sind, utopisches Potenzial, Anerkennung seiner Gültigkeit, Beteiligung, Zeit und Geduld, demokratisches Grundverständnis, Bildung, Transparenz, Streitbarkeit, funktionale Staatlichkeit, Haltung, Respekt, Vermittlung, freie Meinung, Grundgesetz & Rechtssicherheit, Pressefreiheit, fortlaufende Verständigung über die Bereitschaft, Veränderungen zuzulassen, Mut, Kritik zu äußern und Verbesserung zu fordern, Eigenverantwortung und Zivilgesellschaft, das Aushalten von Widersprüchen, Kompromisse, Verteilungs- & Chancengerechtigkeit, Pluralismus & Toleranz, nicht korrumpierte Verfassungsorgane und Verwaltung, Versammlungsfreiheit, Gewaltenteilung und Kontrollmechanismen, Freude an Wandel und Möglichkeitsräumen, materielle Bedingungen, Aushalten von Differenz und Meinungsverschiedenheit*

Kunst und Kultur sind dabei sowohl maßgebend für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft als auch ein Kampffeld der sozialen und politischen Auseinandersetzung. Forderungen nach Prinzipien kultureller Hegemonie und dominanter Deutungshoheit bekämpfen die Realität einer Offenen Gesellschaft, in der künstlerische Zeichensysteme nicht nur dem Genuss, der Ablenkung und der Versicherung dienen, sondern immer auch der eigenen Verunsicherung.

Autoritäre, extremistische oder rassistische Denksysteme begreifen Kunst nicht als Selbstversicherung einer pluralen, radikal diversen Offenen Gesellschaft. Vielmehr geht es um eine Verschiebung des Sagbaren, des öffentlichen Diskurses. Besonders markant wird der Unterschied mit Blick auf die Auseinandersetzung mit Vergangenheit (siehe auch das Buch "Schleichend an die Macht").<sup>2</sup> Wie stärken künstlerische Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit und Gewordenheit unseres Gemeinwesens, im Sinne einer *Erinnerung als Arbeit an der Gegenwart* (siehe gleichnamiges künstlerisches Forschungsfeld), fortlaufende Demokratiearbeit und die Offene Gesellschaft?

Die Auffassung, Kunst sei ein gesellschaftliches Kampffeld, zielt letztlich darauf ab, Kunst als Vorstufe politischer Macht zu begreifen. Eine illiberale Umgestaltung der Gesellschaft beginnt demnach bei der Einschränkung künstlerischer Freiheit. Diese mag erfolgen durch politisch formelle Einflussnahme (durch parlamentarische Initiativen, Ausschuss- und Haushaltsarbeit sowie Mitglieder in Aufsichtsräten) oder durch die Lähmung von Verwaltungstätigkeit, durch eine Vereinnahmung des Öffentlichen Raums (direkte Störung, Drohungen) oder durch unmittelbare Einschüchterung oder Verletzung Einzelner. Angesichts offener und andauernder Angriffe sowie versuchter Einflussnahme drängen sich für Kulturschaffende die Fragen auf: Ist Einschüchterung, als Mittel der politischen Einflussnahme, zu einem geduldetem Umstand geworden? Wirkt diese destabilisierende, freiheitsfeindliche Strategie? Inwiefern wird die Kunstfreiheit schon längst durch Selbstbeschränkung, etwa zur Vermeidung von Stress, bedroht?

<sup>2</sup> Andreas Audretsch/Claudia Gatzka (Hg.), *Schleichend an die Macht: Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erhalten*, Dietz, 2020

Die Teilnehmenden des hier dokumentierten Erfahrungs- und Wissensaustausches betonten, dass die politische Antwort auf illiberale Anfeindungen in der Stärkung der Kulturlandschaft liegen müsste: Resilienz statt Verwundbarkeit!

Kunst und Kultur benötigen Vielfalt und Autonomie, weshalb Kulturakteur:innen sichere Räume einfordern, in denen sie selbständig geteilte Problemlagen ausmachen, gemeinsame Lösungswege entwickeln und Netzwerke ausbauen können. Die entstehenden Bündnisse dienen der gegenseitigen Stärkung und der kollektiven Strategiebildung, insbesondere in Hinblick auf Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche. In diesem Sinne sollte die Demokratiepoltik auf die Prekarisierung und Gefährdung des künstlerischen Feldes blicken. Ökonomische Zwänge und ein zunehmender Wettbewerb in Form einer Marktlogik werden von Kulturschaffenden, die sich als zivilgesellschaftliche Akteur:innen begreifen, als belastendes und schwerwiegendes Problem wahrgenommen.

## II. Herausforderungslage angesichts anti-demokratischer Einflussnahme und Einschüchterung

### Kultur: Mittel und Zweck der Neuen Rechten

Die sogenannte Neue Rechte beruft sich ideologisch auf eine Konservative Revolution und arbeitet strategisch mit dem Konzept der kulturellen Hegemonie. Diese Gruppierungen teilen daher die Grundannahme, dass einem politischen Wandel erst ein geistiger voraus gehen müsse. Um diesen herbeizuführen, bedarf es eines "Hegemoniegewinns der eigenen Position", also der Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs.<sup>3</sup> Die Grundgedanken und auch Schlüsselbegriffe dieses Konzepts entlehnt die Neue

Rechte auffallenderweise von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Kunst und Kultur sind für die Neue Rechte sowohl Mittel als auch Zweck. Denn würden Sprache, Symbole, Narrative und Stil der Neuen Rechten dominieren, wäre der geistige Wandel erfüllt. Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup fassen diese Position in ihrem Buch "Kulturkampf von rechts: AfD, Pegida und die Neue Rechte" wie folgt zusammen:

*"Der »Kulturkampf von rechts« ist also immer schon mehr als ein Kampf um die Werte und Normen, um den geistigen Überbau einer Gesellschaft, er ist immer schon mehr als nur ein Weltanschauungskampf, er zielt auf die Eroberung der politischen Macht und die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der rechten Protagonisten."<sup>4</sup>*

Das Netzwerk aus Verlagen, Stiftungen, Jugendgruppen, Musikfestivals und Sportvereinen, welches zu der Neuen Rechten gezählt werden kann, geht dabei nicht nur den Weg eines eigenen kulturellen Identifikationsangebots, sondern greift gezielt seit Jahren jene kulturelle Szene an, welche nicht in ihr völkisches Verständnis passt. Museen und Theater sollen keine freien Institutionen der Vielfalt sein, sondern als Instrumente zur Vermittlung einer vermeintlich überlegenen, völkischen Kultur dienen. Die Chronik dieser gezielten Angriffe umfasst Drohungen, Vandalismus, Störungen und Verletzungen, aber auch politische Einschüchterungsversuche, Mittelstreichung und verleumderische Kampagnen.

Verfassungsgrundsätze, wie Demokratie, Kunst- und Meinungsfreiheit, sowie der Kulturbegriff, spielen bei dem Versuch von rechts Deutungshoheit zu erlangen eine wichtige Rolle. Sie werden mal still und schleichend, mal medienwirksam und provokant aufgegriffen, umgedeutet und somit instrumentalisiert. Grenzen des Sagbaren werden bewusst überschritten. Menschen, die sich in der Öffentlichkeit für eine freie und offene Gesellschaft und Kulturlandschaft einsetzen werden eingeschüchert und öffentlichkeitswirksam als Feind:innen markiert. Dieser Kulturkampf ist vielerorts zum Alltag von Kulturschaffenden geworden.

3 Armin Pfahl-Traughber, [Die "Neue Rechte" ist – und was nicht: Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe](#), Bundeszentrale für politische Bildung, 2019

4 Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hg.), [Kulturkampf von rechts](#), Edition DISS Bd. 38m, 1. Auflage, 2016

## SCHLEICHENDE EINFLUSSNAHME IN BIBLIOTHEKEN

Die anti-demokratischen Herausforderungen begegnen Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden oftmals schleichend und unscheinbar. Einrichtungen, an denen diese Gefahr besonders deutlich wird, sind Bibliotheken, etwa durch Anfragen zur Anschaffung von Büchern. Oftmals ist nicht erkennbar, dass es sich bei den gewünschten Medien um Veröffentlichungen undemokratischer Verlage oder illiberaler Weltanschauungen handelt. Zeit und Kenntnisse sind vonnöten, um zügig und rechtzeitig Verschwörungstheorien sowie ideologische Ausrichtungen zu erkennen. Andere dokumentierte Vorfälle beinhalten Klagen über Unbekannte, die rechtsradikale Flyer oder Aufkleber in Bestandswerke legen. Darüber hinaus sind Stadtbibliotheken zunehmend in Stadt- und Gemeinderäten mit Grundfragen nach ihrer Ausrichtung konfrontiert: Wie kann eine Bibliothek zur Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft beitragen? Dabei geraten die Institutionen angesichts limitierter Anschaffungsetats zunehmend unter Druck – oder um es mit den Worten einer Teilnehmerin auf den Punkt zu bringen: “Politisch wird’s im Bestandsaufbau”.

Das skizzierte Beispiel (siehe Infokasten) zeigt, wie oftmals Herausforderungen anti-demokratischer Einflussnahme mit Formen subtiler Mikropolitik zusammenhängen. Menschen und Organisationen mit einem anti-pluralistischen Verständnis von Kunst und Kultur ist eine freie und vielfältige Kulturlandschaft ein Dorn im Auge. Mit immer neuen Vorstößen werden kulturelle Einrichtungen und Kulturschaffende unter Druck gesetzt, sei es durch Anträge in Parlamenten oder Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung, bei Veranstaltungen, in den sozialen Medien oder auf der Straße.

Jenseits der ideologisch gefestigten Akteur:innen, die Kulturschaffende einschüchtern, müssen jene angstbesetzten Akteur:innen aus dem politischen Raum, aus Verwaltung und Kultureinrichtungen, in den Blick genommen werden, die eine schleichende diskursive und ästhetische Niveauverschiebung zulassen und sich illiberaler und anti-pluralistischer Einflussnahme und Einschüchterung nicht entgegenstellen oder diese gar billigen.

### Konkrete Herausforderungen und Folgeprobleme rechter Agitation im Kunst- und Kulturbereich

Einige Herausforderungen, Beispiele und mögliche Folgeprobleme die Workshopteilnehmende im Umgang mit anti-demokratischer Einflussnahme feststellten:

Herausforderung	Beispiel	Folgeprobleme
Vandalismus, Attacken oder Bedrängung von Gästen und Mitarbeiter:innen (insbesondere gegen migrantische und queere Künstler:innen)	Mitglieder eines Theaterensembles in Halberstadt werden von einer Gruppe Neonazis nach der abendlichen Show brutal zusammengeschlagen.	Reduzierung oder Einstellung von öffentlichen Veranstaltungen oder von Öffentlichkeitsarbeit, hohe Kosten für Sicherheitsmaßnahmen und -personal, psychische Schäden durch Angstzustände, Vertrauensverlust in Polizei und Justiz auf Grund mangelnder Hilfe
Öffentliche Diffamierung und Bedrohung (Falschmeldungen, Adressveröffentlichung, Bildmontagen etc.)	Anonyme Morddrohungen erreichen Matthias Lilienthal in seinem Büro als Intendanten der Münchner Kammerspiele (2015 bis 2020), während er regelmäßig im öffentlichen Raum beleidigt wird.	Im Allgemeinen: weniger Engagement, Verzicht auf öffentliche Sichtbarkeit Im Spezifischen: lebenslange Sorge vor Bedrohungen



Herausforderung	Beispiel	Folgeprobleme
Störung von Veranstaltungen und Büros (Einschüchterungsversuche durch ständiges Beobachten, Filmen/ Fotografieren, Stürmen der Bühne, Zwischenrufe etc.)	Zu einer Ausstellungseröffnung in Zwickau tauchen Neonazis auf, filmen ihre eigene Störung und kehren allwöchentlich zurück.	Ausbleibende Besucher:innen, Unwohlsein bis hin zu Kündigungen von Mitarbeiter:innen, Verletzung der Persönlichkeitsrechte
Abwertung, Bedrängung und Verunsicherung von kulturellen Orten durch Hinterfragung der Daseinsberechtigung, der Programmatik, Besetzung oder Aktivitäten (Anfragen, Ausschussarbeit, parlamentarische Initiativen)	Anfrage im baden-württembergischen Landtag, welche Nationalität u.A. die Tänzer:innen an staatlichen Kultureinrichtungen haben.	Diskursverschiebung, Einschüchterung und Selbstbeschränkung, Gefühl der ständigen Beobachtung, Unwohlsein bei Mitarbeiter:innen, Zeitbindung bei Verwaltung
Kürzung von Fördermitteln oder gänzliche Einstellung der Förderung und mangelnde Abgrenzung demokratischer Politiker:innen	Die Abschaffung der Förderung eines Musikfestivals in Sachsen-Anhalt steht im Wahlprogramm einer Partei. Dem Fest wird "Agitation gegen das eigene Volk" vorgeworfen. Eine andere Partei setzt die Forderung um.	Stigmatisierung, Verhinderung der Allianzbildung, Entmutigung, Normalisierung radikaler Positionen, Akzeptanz anti-demokratischer Denk- und Handlungsweisen, Stimm- und Mehrheitsverschiebung in gewählten Gremien
Vereinnahmung von Kunst und Kultur für eigene politische Denkrichtung	Während eines Landeswahlkampfes in Thüringen 2014 spielt die rechtsextreme Partei NPD regelmäßig zwei Lieder der Kölner Band "Höhner" ab. Diese geht rechtlich erfolgreich dagegen vor.	Rechtsunsicherheit, ggf. Rechtskosten, Imageschaden, Selbstbeschränkung (Unterlassung weiterer künstlerischer Projekte, Vermeidung von Themensetzungen, Abänderung von Szenen oder Liedtexten)
Mangelndes Wissen über Auslegung und Bedeutung des Neutralitätsgebots (Verwaltung / Kulturschaffende) oder absichtlich falsche Auslegung (rechtsradikale Akteur:innen)	Eine Ausstellung über rechte Gewalt in Berlin seit 1945, dokumentiert auch Auftritte und Aktivitäten von AfD-Abgeordneten. Diese zieht vor Gericht, da sie das Neutralitätsgebot gebrochen sieht. Die Ausstellung bekommt Recht.	Verunmöglichung demokratieförderlicher, pluralistischer Kunstprojekte, Verunsicherung, unzureichende Abgrenzung von Extremen
Misstrauensverhältnis zwischen Kulturschaffenden einerseits und Verwaltung, Justiz und Polizei andererseits	Trotz offenkundiger Bedrohungslage und Vandalismus wird in einer ostdeutschen Kleinstadt die Polizei nicht einbezogen, da sie als rechts unterwandert gilt.	Ungleichbehandlung, Unterstellungen, mangelnde Sensibilität, mangelnde Diversität, implizite Sanktionierung von politisch engagierter Kulturarbeit und irritierender Kunst

Es sei angemerkt, dass die Corona-Pandemie und die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens zu einer Verschärfung der Herausforderungslage geführt haben. Teilnehmer:innen beschreiben eine durch Verschwörungstheorien getriebene Radikalisierung anti-demokratischer Personen etwa mit dem Resultat körperlicher Aggressionen bei Demonstrationen. Auch sei der Zugang zu Personen, die radikaler Einflussnahme ausgesetzt sind, angesichts geschlossener Kultur- und Jugendeinrichtungen erschwert (gewesen). Überhaupt schwächten Lockdown und Mittelkürzungen durch notwendige, kommunale Sparmaßnahmen lokale Kulturschaffende und die Handlungsfähigkeit überregionaler Netzwerke.

### III. Umgangsstrategien mit und Unterstützungsmöglichkeiten bei rechter Agitation

Im Rahmen der Workshops entstand, ausgehend von den verschiedenen Erfahrungswelten der Mitwirkenden, der Wunsch zu folgenden fünf Herausforderungen eingehender zu arbeiten und Umgangsstrategien zu diskutieren:

- **Umgang mit physischer und symbolischer Gewalt:** Jenseits physischer Angriffe auf Personen, Gegenstände und Gebäude sind auch Störungen von Veranstaltungen und Bedrohungen (und somit psychische Gewalt) zu nennen.
- **Schleichende Verschiebungen im öffentlichen Diskurs:** Bedrohlich erscheint die Einflussnahme im öffentlichen Diskurs sowie die damit verbundene Verschiebung von politischen Argumentations- und Bewertungsmustern.
- **Das Neutralitätsgebot und das Abgrenzungsproblem gegenüber Rechtspopulismus:** Besorgniserregend ist die abnehmende Abgrenzung einiger politischer Akteur:innen zu freiheitsfeindlichen

oder rassistischen Gruppierungen und Denkweisen. Statt den Feinden der Offenen Gesellschaft klare Schranken zu setzen wird Kunst oftmals unter Berufung auf ein falsches Verständnis des Neutralitätsgebots beschränkt.

- **Selbstbeschränkung angesichts einer anti-pluralistischen Bedrohungslage:** Kulturschaffende beschränken sich selbst aus Verängstigung und Verunsicherung, da sie um die Zusage von Fördermitteln oder die eigene Karriere fürchten. Zudem kann Sorge vor einer ungewünschten Instrumentalisierung und Vereinnahmung künstlerischer Werke zu Selbstbeschränkung führen.
- **Internationale Konflikte & grenzübergreifende Einflussnahme:** Einflussnahme durch internationale, ausländische Gruppierungen oder durch demokratische und autoritäre Staaten – sei es bei Angelegenheiten, die ihre Interessen berühren oder die ihre nationalistische, rassistische und illiberale Grundausrichtung ausstellen, benennen oder anklagen.

In den nachfolgenden Unterkapiteln werden Umgangsstrategien in Hinblick auf die benannten Herausforderungen skizziert. Ergänzend werden vorab Strategien zur allgemeinen Stärkung der Handlungsfähigkeit von Kulturschaffenden, Verwaltung und Politik im Umgang mit illiberalen Anfeindungen diskutiert, ebenso wie die Bedeutung lokaler Allianzen und überregionaler Netzwerke.

#### Stärkung der Handlungsfähigkeit: Lokale Allianzen und überregionale Netzwerke

Teilnehmer:innen aus den sogenannten Neuen Bundesländern beschreiben starke und mobilisierungsfähige, rechte Netzwerke im ländlichen Raum, denen eine relativ schwache, gemeinwohlorientierte, demokratische Zivilgesellschaft gegenübersteht. Sie beschreiben einen Teufelskreis: Das geringe zivilgesellschaftliche und kulturelle Angebot suggeriert Jugendlichen, Progressiven und Engagierten, sie stünden vor Ort "alleine gegen Anti-demokrat:innen", was Wegzüge begünstigt und zu einer weiteren Abnahme

des Kulturangebots sowie des demokratischen Engagements führt. Zudem erschwert die dezentrale Organisation im ländlichen Raum Mobilisierung und Koordination von Engagement bei gleichzeitiger schwacher Allianzenbildung und Mobilisierung demokratischer Kräfte. Rechtsradikale hingegen scheinen oftmals besser vernetzt und organisiert zu sein und über strategische Immobilien zu verfügen. Die Workshopgruppen in Halle, Dresden und Erfurt fragten deshalb: "Wie lässt sich eine freie und gegen rechts wehrhafte Kunst- und Kulturszene fördern?"

Im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Selbstermächtigung erscheint es besonders wichtig, die Glaubwürdigkeit, Legitimation und Selbstwirksamkeit von Kulturschaffenden und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, insbesondere im ländlichen Raum, zu stärken. Jugendclubs und die Freie Soziale Jugendarbeit erscheinen dabei als relevante Möglichkeiten, junge Menschen an Sozialräume zu binden und nachhaltig demokratische Strukturen zu stärken. Teilnehmende merkten zudem an, dass eine "antifaschistische zivilgesellschaftliche Elitenbildung" vonnöten sei: Beispielsweise in Zwickau bestimmten die Rechten durch ihre Anfeindungen, wer die angegriffenen, progressiven Symbolfiguren sind. Besser wäre, als lokale Allianz selbst Symbolfiguren aufzubauen, die im Öffentlichen Raum vernehmbar auftreten und Widerspruch äußern können.

Es gilt, Orte der demokratischen und pluralistischen Selbstverständigung zu stärken. Um die Handlungsfähigkeit von einzelnen Akteur:innen und Gruppen im lokalen Raum zu erhöhen, wünschten sich die Workshopteilnehmenden insbesondere Fortbildungen. Bildungsangebote für Kulturschaffende ermächtigen Akteur:innen dazu, selbständig Projekte zu planen und Finanzierung sicherzustellen. Außerdem müssen die notwendigen Ressourcen, insbesondere Finanzmittel und Beratung, bereitgestellt werden: Bestehende Formen der Beratung und niedrigschwelliger Förderangebote (etwa für die Miete von Räumlichkeiten, siehe als Musterbeispiel die Kulturstiftung Sachsen oder Kreatives Sachsen) müssen ausgebaut und bekannt gemacht werden.

Die Teilnehmenden des Erfahrungsaustausches regen dringend die Einbindung der Kulturschaffenden in die Schulbildung an: Kulturelle und Politische

Bildung müssen zusammen gedacht werden. Kulturinstitutionen begreifen sich als zivilgesellschaftliche Institutionen im Sinne einer Offenen Gesellschaft. Ebenso müssen auf ministerialer Ebene Kultur- und Bildungspolitik verschränkt werden. Diese Überlegung hat auch weitreichende Konsequenzen für die Förderrealität künstlerischer Praxis: Gelingt eine ministerienübergreifende Finanzierung für Vorhaben, die sich nicht ausschließlich als Kunstprojekt, Bildungsvorhaben oder als Demokratieförderprojekt einordnen lassen? Ein Umdenken der Kulturschaffenden wird ebenso angeregt: Ein anderes Selbstbewusstsein ist vonnöten, um Förderung bei diversen Fachministerien anzufragen und so sämtliche Potenziale auszuschöpfen.

Entscheidend zur Stärkung der Reaktionsfähigkeit auf Einflussnahme und Bedrohungen erscheint die Bildung lokaler Allianzen und überregionaler Netzwerke. Diese ermöglichen es, etwa bei drohenden Kürzungen, durch die Herstellung einer bundesweiten Aufmerksamkeit Druck zugunsten von Künstler:innen auszuüben. Austausch und Wissenstransfer, in einem vielschichtigen Netzwerk unterschiedlichster Partner:innen verschiedener Ebenen (Kommunal-, Länder- und Bundesebene) sowie Domänen (Vereine, Verbände, Kulturschaffende, Stiftungen), ist eine entscheidende Vorbedingung für den Erfolg von Handlungsstrategien im Umgang mit anti-pluralistischen Tendenzen.

Aus diesem Geist heraus sind in der Vergangenheit verschiedene Initiativen und Verbände entstanden. Der Zuspruch (wie etwa bei den "Vielen") ist zwar groß, das unmittelbare Engagement scheint aber vererbt zu sein. Das Missverständnis vieler Ortsgruppen der "Vielen" bestand wohl darin, die anfängliche Euphorie für Aktionstage zu nutzen, anstatt die Reaktionsfähigkeit des Netzwerkes auszubauen, um etwa situativ und fallbezogen eine überregionale Aufmerksamkeit zu erzeugen, etwa angesichts drohender Haushaltskürzungen oder politischer Einmischung in künstlerische Prozesse. Dabei erscheint es unerlässlich, die Zielsetzung des Bündnisses gemeinsam klar zu definieren, denn nur dann gelingt die gemeinsame Mobilisierung, wenn konkrete Bedrohungslagen entstehen (siehe auch Publikation "Allianzen des

Fortschritts“)<sup>5</sup>. Die Workshopteilnehmenden stellen fest, dass die sich zuspitzende Gefährdungslage künstlerischer Aktivitäten bei progressiven zivilgesellschaftlichen Akteur:innen das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Allianzenbildung schärft. Das Gefühl, nicht alleine, sondern Teil einer verflochtenen und handlungsfähigen antifaschistischen Zivilgesellschaft zu sein, stärkt Akteur:innen vor Ort in ihrem spezifischen Handlungsraum.

Konkret schlugen die Teilnehmenden des Erfahrungsaustausches vor, Ankerpunkte/Beratungsstellen/mobile Anlaufstellen zu schaffen, die Wissenstransfer (How-To) und die Vernetzung mit vergleichbaren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ermöglichen und organisieren. Im Rahmen der “Vielen” gelang das punktuell dadurch, dass große Institutionen (wie etwa die Münchner Kammerspiele unter Matthias Lilienthal) als federführende Akteurinnen Verantwortung übernahmen und Personal bereitstellten, um die lokale Allianz zu organisieren. Durch eine solche Vernetzung entsteht eine nachhaltige Landschaft von (translokalen) Multiplikator:innen zivilgesellschaftlicher, künstlerischer Praktiken im Sinne einer Offenen Gesellschaft. Angeregt wurde ein überregionaler Austausch vergleichbarer Einrichtungen (wie etwa kommunaler Theater und Spielstätten). Ebenso wurde eine sektorenübergreifende Solidarisierung zwischen verschiedenen Dimensionen von Zivilgesellschaft (vom Theater bis zum Sportverein) angeregt – und auch darüber hinaus erscheint es notwendig, die Zusammenarbeit mit Akteur:innen anderer gesellschaftlicher Handlungsbereiche, wie etwa der Wirtschaft, zu stärken. Zugespitzt könnte diese Idee in der Gründung eines “Impact-Hubs” münden, welches Start-up-Hilfe für Kulturanfänger:innen und Aktivist:innen der Offenen Gesellschaft leistet.

### Physische und symbolische Gewalt nicht akzeptieren: Dokumentation und Hausrecht

Der Erfahrungsaustausch im Rahmen von sechs Workshops belegte, dass einzelne Kulturschaffende

(anonym oder offen) unmittelbar bedroht werden, insbesondere über Plattformen der sozialen Medien und auf der Straße. Anfeindungen können dabei vielfältigste Formen annehmen: Veröffentlichung von Adressen sowie Bomben- und Morddrohungen, aber auch Störung von Veranstaltungen, öffentliche Diffamierung und Beleidigung, Vandalismus und Brandstiftung. Solche Anfeindungen treten verstärkt auf, wenn sich künstlerisches, demokratisches Engagement mit einer individuellen Identität jenseits der dominanten Mehrheitsgesellschaft verbindet.

Bei der Analyse scheint ein weiter Gewaltbegriff unerlässlich. Ein Beispiel: Eine Teilnehmerin des Workshops in Halle äußerte Sorge darüber, dass Rechte von dem Erfahrungsaustausch pluralistischer Kulturschaffender und Politiker:innen erfahren würden und beschrieb ihre Angst vor einem konkreten Angriff auf die Runde. Die Aufpeitschung von Sprache endet nicht nur in Gewalt, sondern wirkt bereits gewaltvoll durch die Angst, die gesät wird.

#### BERATUNG ZUR BEDROHUNGSLAGE

Im Sommer 2021 stürten 30 Neonazis eine Ausstellungseröffnung des Kunstvereins “Freunde Aktueller Kunst” in Zwickau. Die Gruppe griff die Anwesenden verbal an, präsentierte Spruchbänder, drohte physische Gewalt an und filmte selbst die Vorkommnisse, um die Aufnahmen auf ihren Social-Media-Kanälen zu veröffentlichen. Die Anfeindungen, Diffamierungen, Hass Tiraden und Falschbehauptungen setzten sich in Internet-Blogs fort. Bei der nachfolgenden Ausstellungseröffnung knapp zwei Monate später wiederholte sich der aggressive Auftritt der Neonazis. Die hinzukommende Polizei verhielt sich zumindest ambivalent und betrieb in Teilen eine Täter-Opfer-Umkehr. Von da an marschierten die Neonazis zweimal in der Woche an den Ausstellungsräumen vorbei, skandierten ihre Parolen und warfen dem Kunstverein vor, keine Volkskunst auszustellen und forderten, jede öffentliche Förderung einzustellen.

Aufgrund der massiven Einschüchterungen sowie der hohen und nicht genau zu kalkulierenden Bedrohungslage suchten die “Freunde

<sup>5</sup> Paulina Fröhlich/Paul Jürgensen, [Allianzen des Fortschritts: Zur Rolle und Funktion zivilgesellschaftlicher Bündnisse in der pluralen Demokratie](#), Friedrich Ebert Stiftung, 2022

Aktueller Kunst“ Beratungsstellen auf, boten selbst Workshops an und vernetzen sich mit anderen Betroffenen in Zwickau und darüber hinaus. Dem Verein gelang es zudem, die Zwickauer Stadtspitze davon zu überzeugen, dass es Neonaziaktivitäten in der Stadt gibt und dass Betroffene und Opfer ernst genommen werden müssen.

Die “Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin” hat in verschiedenen Publikationen praktische Hinweise zum Umgang mit Anfeindungen entwickelt und gesammelt (siehe Publikation “Alles nur Theater: Zum Umgang mit dem Kulturkampf von Rechts” und “Nur Schnee von gestern: Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen”)<sup>6</sup>.

Die Schulung von Personal in Kultureinrichtungen (z.B. zur Anwendung des Hausrechts), um auf Störungen und Vandalismus reagieren zu können, erscheint besonders relevant. Präventiv ist es auch nötig, sich vor Veranstaltungen zu bestimmten Fragestellungen bzw. in gewissen Sozialräumen auf Gegenwind und Anfeindungen einzustellen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um im Falle einer Auseinandersetzung Ruhe bewahren und souverän agieren zu können. Im Falle eines Zwischenfalls ermöglichen klar geklärte Verantwortlichkeiten und Checklisten, die auf Erfahrungswissen basieren und fortlaufend aktualisiert werden, handlungsbereit zu reagieren. Weiterhin helfen sie dabei, eigene Fehler zu vermeiden, durch die man sich angreifbar machen könnte (etwa ungenehmigte Plakate im Öffentlichen Raum).

Als unmittelbare und kurzfristige Reaktion sollten auf jede konkrete Einschüchterung unmittelbare Konsequenzen folgen. Vorfälle werden dokumentiert und jeder noch so kleine Angriff zur Anzeige gebracht. Diese Strategie soll Signalwirkung entfalten: Angriffe

6 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, [Alles nur Theater: Zum Umgang mit dem Kulturkampf von Rechts](#), 2. Überarbeitete Auflage, 2019. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, [Nur Schnee von gestern: Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen](#), 1. Auflage, 2019

werden weder hingenommen, noch toleriert. Außerdem wurde festgestellt, dass oftmals die Möglichkeiten, die sich durch die Ausübung des Hausrechts ergeben, nur unzureichend genutzt werden: Bekannte Extremist:innen dürfen ausgeschlossen werden, versamlungsstörende Personen ohnehin. Hilfreich ist, eine Hausordnung zu erstellen, die öffentlich ausgehängt wird, sowie die Polizei im Voraus über sensible Veranstaltungen zu informieren und gegebenenfalls den Schutz der Veranstaltung zu erbitten.

Als Institution muss frühzeitig geklärt sein: Was tolerieren wir und was nicht? Auch gegenüber Mitwirkenden kann in diesem Sinne eine Antidiskriminierungsklausel abverlangt werden, die vertraglich festlegt, welche Konsequenzen rassistische und diskriminierende Vorkommnisse zeitigen – auch in Hinblick auf den Schutz (anderer) Mitwirkender, die selbst Ziel des Angriffs werden können. In diesem Sinne ist es wichtig, jenen Schutzräume zu ermöglichen, die angegriffen oder diffamiert wurden. Obgleich damit ein Mehraufwand einhergeht, muss der Einsatz von Sicherheitskameras und Wachpersonal geprüft, ebenso der Kontakt zur Polizei gepflegt werden, damit Veranstaltungen geschützt werden oder im Falle eines Zwischenfalls bestehende Kontaktwege genutzt werden können. Zuwendungen für den Sicherheitsmehraufwand sollten überregional durch Kulturförderungen und Stiftungen ermöglicht werden, um Kunstschaaffende in ihrer Demokratiewarbeit zu unterstützen.

Im Konfliktfall gilt es, schnell zu handeln und Gegner:innen unmissverständlich zu benennen sowie gegebenenfalls Personen, mit Verweis auf die Hausordnung, von der Veranstaltung auszuschließen. Ebenso sollten solidarische Netzwerke und Beratungsstellen (vor Ort und andernorts) aktiviert, sowie die Presse (lokal und überregional) kontaktiert werden. Allerdings kann punktuell auch die gegenläufige Strategie relevant sein: Provokationen keine (öffentliche) Resonanz geben, sondern sie ins Leere laufen lassen. Unabdinglich in beiden Szenarien ist die Dokumentation von Vorfällen, die sowohl polizeilich als auch in lokalen Allianzen und überregionalen Netzwerken gemeldet werden sollten, um Transparenz zu schaffen und den Erfahrungsaustausch anzuregen.

## Diskursverschiebung: Kreative Mittel, breites Angebot und Selbstkritik

Politische Diskursverschiebungen betreffen auch Kulturschaffende. Zunehmend vollziehen sich schleichende Veränderungen im öffentlichen Diskurs in Hinblick auf künstlerische Programmatik, Themensetzungen, Ästhetiken und Zeichensysteme. Ziel der Diskursverschiebungen ist die Konstruktion von Fremden, die Markierung von Feinden, die Behauptung einer kulturellen Hegemonie, der Erhalt von vermeintlicher Deutungshoheit, die Umgestaltung von Gesellschaft und die Anbahnung politischer Machtbeteiligung. Im künstlerischen Feld, als entscheidendem Bereich der Selbstbeschreibung von Gesellschaft, werden Positionierungen vorgenommen und Diskurskämpfe ausgetragen.

Ein häufiges Mittel rechter Agitation ist die Provokation, sofern sich eine Öffentlichkeit bietet, die einen Resonanzraum schafft. Notwendig erscheint die Stärkung des lokalen Journalismus, der in der Lage ist, kritisch Vorkommnisse und Entwicklungen zu begleiten und dabei die Feinde der Offenen Gesellschaft konsequent zu benennen. Zweifelsfrei ist hierbei auch auf die wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse der Medien zu blicken, weshalb dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Ringen um Sprache und Diskursräume können Künstler:innen dazu beitragen, subversiv instrumentalisierte und angeeignete Begriffe zurückzuerobieren. Kunst schafft emotionale Räume und kann mit den Kommunikationsformen Humor und Ironie arbeiten – Strategien, die allerdings auch von illiberalen Kräften eingesetzt werden. Unablässig erscheint, dass sich pluralistische Kulturschaffende um ein differenziertes Angebot bemühen und dabei ihren Kunstbegriff erweitern, um den Publikumskreis zu vergrößern. Kunst vermag zwar Aspekte von Vielfalt aufzuzeigen, ebenso wie Herrschafts- und Möglichkeitsräume, muss aber dazu auch Zuschauer:innen konkret erreichen.

Zuletzt: Auch pluralistisch gesinnte Kulturschaffende können unachtsam Diskursräume verschieben, gewaltvolle Zeichensysteme reproduzieren oder Personen verletzen. Nicht nur auf der Bühne können rassistische, sexistische, antisemitische oder klassizistische Vorfälle auch innerhalb des Kunst- oder Kulturbetriebs

vorkommen. Bisweilen wirkt zudem unpräzise Pressearbeit gewaltvoll gegen Kulturschaffende: Eine Sinti:zze-Gemeinde entschied sich dazu, bei ihren Veranstaltungen keine Öffentlichkeit durch Pressearbeit herzustellen, weil vorangegangene Presseberichte als gewaltvoll empfunden wurden.

Es gilt, eigene Fehler zu verstehen und einzugestehen und einander in künstlerischen Prozessen kritisch zu begleiten, sowie Diskriminierungsbetroffene bei der Aufarbeitung von Vorkommnissen zu involvieren. Neben Fragen der Aneignung, Repräsentation und Retraumatisierung müssen Kultureinrichtungen auch strukturell Rassismus und Sexismus im institutionellen Alltag bekämpfen: Die ästhetische Imagination und die institutionelle Realität müssen gemeinsam gedacht und in Einklang gebracht werden.

## Falsche Neutralität: Wissensvermittlung auf allen Ebenen

Oftmals wurde von Teilnehmenden beklagt, dass sich konservative Politiker:innen und Meinungsführer:innen, insbesondere im ländlichen, ostdeutschen Raum, damit schwer tun, sich bei (nur vermeintlichen) Sachfragen klar gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus, wie etwa gegenüber Mitgliedern der AfD, unmissverständlich abzugrenzen. Auch bemühen sich Verwaltungen vorsehend darum, Veranstaltungen und Förderungen zu vermeiden, die rechten Akteur:innen Anlass für eine öffentliche Auseinandersetzung geben könnten. So wurde mehrfach davon berichtet, wie Lesungen von Stadtbibliotheken durch die Stadtverwaltung untersagt worden waren.

Als Argumentationsgrundlage wird häufig das Neutralitätsgebot herangezogen, das öffentliche Einrichtungen daran bindet, nicht parteipolitisch zu agieren, obgleich es die Verpflichtung, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken, nicht einschränkt. Bewusst oder aus Sorge etwas Falsches zu tun, wird das Neutralitätsgebot missverstanden und umgedeutet, sodass Kultureinrichtungen daran gehindert werden, Veranstaltungen im Sinne einer pluralistischen Offenen Gesellschaft umzusetzen. Ein Teilnehmer sprach im Zusammenhang mit dem Neutralitätsgebot vom "Schwert Neutralität der AfD", das stumpf gemacht werden müsste.

## WAS DARF DIE KUNST?

Auf der Abschlusskonferenz des "The Art of Democracy" Projekts diskutierte eine Themengruppe mit Friedhelm Hufen, Professor für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Mainz, über die Herausforderungen im Umgang mit der "Neutralität". Friedhelm Hufen unterstrich, dass jegliche Kunst, auch die politisch-aktivistische, unter dem Schutz der Kunstfreiheit steht. Die Idee, Kunst müsse "unpolitisch" oder "neutral" sein, wie es rechte Akteur:innen versuchen zu propagieren, sei schlicht falsch. Das Bundesverfassungsgericht betont die Rechtsgüterabwägung zwischen "Neutralitätsgebot" und Kunstfreiheit und vertritt dabei einen sehr offenen Kunstbegriff: Kunst und Satire dürfen hässlich und aggressiv sein, solange sie friedlich bleiben. Einzige Schranken sind das Grundgesetz (d.h. Menschenwürde, freiheitlich-demokratische Grundordnung etc.). Während andere Freiheiten (z.B. Versammlungsfreiheit) eingeschränkt werden können, gilt dies nicht für die Kunstfreiheit. Allerdings wird die Veröffentlichung von Kunst durch Eigentumsrechte (Persönlichkeitsrechte, Autorschaft etc.) eingeschränkt. Das Neutralitätsgebot trachtet demnach danach, ohnehin nur als Gebot und nicht als Gesetz, Kunst und Kultur im Sinne des demokratischen Gemeinwesens zu fördern, zulasten von Veranstaltungen mit erkennbar parteipolitischen Zuschnitt, bei denen das Gebot der Chancengleichheit politischer Parteien gilt.

Einige typische Beispiele:

- Es ist in keinster Weise ein Verstoß gegen das Gebot der Chancengleichheit politischer Parteien, wenn Organisator:innen einer Veranstaltung große Banner mit der Aufschrift "Refugees Welcome" oder "Kein Platz für Hass & Hetze" aufhängen.
- Wenn zu einer öffentlich geförderten Veranstaltung allerdings ausschließlich Politiker:innen bestimmter Parteien als Sprechende eingeladen und am Empfang sogar Parteiflyer verteilt werden, dann stellt dies einen Eingriff in den Parteienwettbewerb dar.

- Berufen sich die Veranstaltungsorganisator:innen bei der Absage bestimmter Personen oder Parteien auf Werte oder Verfassungsziele wie Demokratie, Menschenwürde oder Gleichheit der Geschlechter und sexuellen Orientierung – zum Beispiel in dem sie sich auf die Hausordnung der eigenen Institution berufen, in der diese Werte fest verankert sind – ist eine prinzipielle Absage an nicht verbotene politische Parteien, die antidemokratische, menschenverachtende oder sexistische und rassistische Positionen vertreten, zulässig.

Im Thesenpapier von Friedhelm Hufen, welches die Grundlage der Themengruppe auf der Konferenz bildete, wird detailliert diskutiert, wie sich das Neutralitätsgebot zur Kunstfreiheit verhält (siehe "Was die Kunst darf: Zum sicheren Umgang mit dem Neutralitätsgebot")<sup>7</sup>.

Im Rahmen des Erfahrungsaustausches ist an den meisten Orten deutlich geworden, dass es in Kommunalpolitik und -verwaltung meist keinen gefestigten und sachlich korrekten Neutralitätsbegriff gibt. Eine klare Definition und Kenntnis dieses Grundsatzes ist unabdinglich, damit das Grundprinzip nicht durch radikale Stimmen missbraucht wird. Die Strategie ist dabei immer gleich: Verwaltungen, die rechtssicher handeln müssen, werden unter Druck gesetzt mit dem Argument, eine spezifische Unterstützung von Künstler:innen würde gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Leider muss davon ausgegangen werden, dass auch kommunale Mitarbeitende aus eigenem ideologischen Antrieb das Neutralitätsgebot verschieben, um Veranstaltungen zu verunmöglichen.

Es erscheint unerlässlich, Verwaltungspersonal zu schulen und in der breiten Öffentlichkeit durch politische Bildung das Verständnis über das Prinzip des Neutralitätsgebots zu schärfen. Angeregt wird auch eine stärkere Nachwuchsförderung in der Kulturpolitik und im Lokaljournalismus, sodass laute und mutige Stimmen bei der missbräuchlichen Berufung auf das Neutralitätsgebot gekonnt

<sup>7</sup> Friedhelm Hufen, [Was die Kunst darf: Zum sicheren Umgang mit dem Neutralitätsgebot](#), 2022

vor Ort eingreifen können. Kulturschaffende und Kunst- und Kultureinrichtungen sollten eine eigene Expertise aufbauen sowie Leitlinien für die eigene Arbeit ausformulieren, um differenziert auf den Neutralitätsbegriff einzugehen und in ihren Tätigkeiten zu berücksichtigen. Noch wichtiger erscheint die Kompetenzvermittlung an Fachkräfte aus der Kommunalverwaltung: In Aus- und Weiterbildung sollte ein sicherer Umgang mit diesem Rechtsgrundsatz eingeübt werden.

Schließlich wäre es ideal, wenn eine externe Legitimationsgrundlage geschaffen würde, auf die man sich im Zweifelsfall berufen könnte, sollte das Neutralitätsgebot vorgeschoben werden, um die Förderung oder Durchführung einer Veranstaltung zu verhindern. Beispielsweise könnte die Bundeszentrale für Politische Bildung eine Broschüre zur Wissensvermittlung veröffentlichen, die Informationen und Argumente bereitstellt und auf die man sich berufen kann.

### Selbstbeschränkung: Selbstbewusstsein durch Kenntnis und Austausch

Die bereits skizzierten Beispiele illiberaler Angriffe auf Kulturschaffende erzeugen eine Grundsituation der Verängstigung und Verunsicherung. Aus mindestens drei Gründen können solche Konstellationen zu Formen der Selbstbeschränkung führen:

Erstens fürchten Kulturschaffende oftmals die Konsequenzen ihrer eigenen Arbeit. Dies steht häufig im Zusammenhang mit dem soziologischen Karriereproblem: Aus Angst vor Konsequenzen (Streichung von Geldern, Einschränkung individueller Karriereoptionen) halten sich Kulturschaffende bei ihrer künstlerischen Arbeit an der Offenen Gesellschaft zurück.

Zweitens kann die Sorge vor Instrumentalisierung der eigenen künstlerischen Arbeit durch gegenläufige politische Kräfte Kulturschaffende in eine selbstgewählte Selbstbeschränkung drängen. Die Angst vor Vereinnahmung wirft Fragen auf: Was passiert mit meiner Kunst? Wer nutzt sie? Produziert man bewusst manche Bilder nicht, aus Angst, dass diese vereinnahmt werden? So diskutierte Milo Rau an

der Akademie der Künste Berlin bei einer "School of Resistance" (2021) mit Kathrin Röggla und Georg Seeßlen seine Kunstaktion "Sturm auf den Reichstag" (2017), die 2020 einen realen, erschreckenden Widerhall fand.

Als dritte Form der Selbstbeschränkung wäre die freiwillige Rücksichtnahme zu nennen, die sich darum bemüht, Verletzungen anderer zu vermeiden. Eine solche identitätspolitische Selbstbeschränkung versucht einerseits verletzende Erzählungen oder Darstellungen zu vermeiden; andererseits nimmt sie dabei manchmal identitätspolitische Diskurse vorweg und schränkt sich in den künstlerischen Mitteln präventiv ein. Es sei auch erwähnt, dass diese linke, emanzipatorische Identitätspolitik bisweilen ein Gefühl der Überforderung und Unsicherheit verursacht, weshalb Akteur:innen Auseinandersetzungen und Diskurse meiden.

Im Rahmen des Erfahrungsaustausches blickten Teilnehmende auf Grundbedingungen, um die Mechanismen von Selbstbeschränkung gar nicht erst entstehen zu lassen (z.B. das Verlangen danach, dass der Staat sicherstellt, dass Veranstaltungen und Kulturschaffende geschützt sind). Um eine verängstigte Selbstbeschränkung zu verhindern, wird eine Stärkung der informellen Austauschkultur (Stammtische und Erfahrungsaustausch) zwischen Kulturschaffenden angeregt. Teilnehmende beschrieben die Workshops von "The Art of Democracy" bereits als einen wichtigen Baustein in der Bekämpfung der eigenen Tendenzen zur Selbstbeschränkung.

Um diese Tendenzen zur Selbstbeschränkung zu bekämpfen, ist ein klares gemeinsames Verständnis innerhalb der Kunstszene in Hinblick auf die eigene Demokratiearbeit vonnöten, ein Kodex zur künstlerischen Arbeit an der Offenen Gesellschaft. Zur Vermeidung von Abhängigkeitsproblemen (siehe Karriereproblem) sind sowohl Strukturen der Unterstützung (z.B. unabhängige Beratungsstelle für Problemfälle während der Förderung bzw. unabhängige Kontrollinstanz für Förderrichtlinien) vonnöten, wie auch eine Ausweitung der Förderoptionen. Eine Teilnehmerin fragte in diesem Zusammenhang: Wie können wir Anderen das Tanzen mit potenziellen Geldgeber:innen lehren? Selbstkritisch wurde angemerkt, dass Kulturschaffende stärker



eigenverantwortlich auf eine ausdifferenzierte Förderstruktur reagieren müssten, um ggf. vorhandene Angebote (z.B. der Demokratieförderung statt der Kulturförderung) zu nutzen. Die multiplen Rollen von Kulturschaffenden sollten als Vorteil betrachtet werden, um diverse Zugänge zu sichern. Ebenso wurde selbstkritisch vermerkt, dass die Kulturszene proaktiv den Austausch zur Kulturpolitik suchen muss, auch um eigene Bedarfe auszudrücken, etwa, um die Mechanismen, die zu Selbstbeschränkung führen, zu durchbrechen.

### Grenzübergreifende Einflussnahme: Fortbildungen und Mut

In der post-migrantischen, deutschen Gesellschaft arbeiten Kulturschaffende häufig in globalisierten Kontexten. Dabei erscheinen Phänomene ausländischer Einflussnahme als eine weitere Herausforderung: Sei es durch radikale, vom Ausland aus gesteuerte Gruppen in Deutschland (z.B. die Grauen Wölfe), durch diktatorische oder autoritäre Systeme, aber auch durch demokratische Staaten, die durch diplomatische Einflussnahme oder Strategien der Einschüchterung, eigene Interessen oder Traditionen verteidigen. Anfeindungen betreffen dabei vornehmlich Kulturschaffende, die biographische Verbindungen in diese jeweiligen Länder besitzen (möglicherweise auch eine entsprechende Staatsbürgerschaft). Künstlerische Projekte können dabei zu individuellen Nachteilen oder gar einer individuellen Bedrohungslage führen – von negativen Folgen für die Reisefreiheit bis hin zur Verfolgung im Ausland.

Vor einer besonderen Herausforderung stehen Kultureinrichtungen angesichts von Veranstaltungs- und Raumanfragen: Die Überprüfung von Organisationen, Gruppen und Mitwirkenden wird bei ausländischen oder internationalen Akteur:innen erschwert. Sowohl der Zugang zu verlässlichen Informationen, als auch das eigene Abgrenzungsproblem stellt Institutionen vor eine Herausforderung: Wo setzt man die Grenze, was muss toleriert werden? Bisweilen werden von Akteur:innen Begriffsumdeutungen vorgenommen oder Schlagworte anders belegt, mit denen für Veranstaltungen geworben wird, was die Aushandlung von geduldeten Meinungsäußerungen erschwert. Engt man selbst pluralistische und künstlerische

Spielräume ein, wenn man bestimmte Künstler:innen nicht einlädt oder beherbergt? Zur Beurteilung müssen häufig Fachstellen und kundige Expert:innen eingeschaltet werden. Angesichts knapper Ressourcen binden solche Vorgänge wichtige Arbeitskapazitäten, zumal bei internationalen Akteur:innen Verstrickungen schwieriger durchschaubar sind. Anti-demokratische Einflüsse kommen zuweilen in intransparenten Verflechtungen zustande, die häufig auch an undurchsichtige Geldflüsse und Abhängigkeiten geknüpft sind. Fortbildungen und Schulungen zur Sensibilisierung von Veranstalter:innen und staatlichen Behörden (einschließlich der Polizei) erscheinen dringend erforderlich. Mut ist gefordert, um Veranstaltungen abzusagen und abubrechen, wenn im Vorfeld Fehleinschätzungen getroffen worden sind.

### **EIN DEMOKRATISCHES LAND BEDRÄNGT DIE HIESIGE KULTURSZENE**

Ein erstaunliches Beispiel ausländischer Einflussnahme, da es ein demokratisch verfasstes Land betrifft:

Das internationale Projekt "Art 5 - Kunst und Demokratie", kuratiert durch YOO Jae-Hyun, Lena von Geyso und Alexander Steig spielt mit der abgekürzten Form des Wortes Artikel (Art.) und mit dem englischen Wort für Kunst (Art). Die Ausstellungsreihe "Art 5" legt "den Fokus auf Möglichkeiten demokratischer Prozesse, die sich durch die Kunstfreiheit ergeben". Eine Ausstellung im Juli 2021 in der Villa Waldberta bei München (Feldafing) widmete sich der Geschichte Südkoreas. Eine der vielen Rahmenveranstaltungen wurde dabei zum Stein des Anstoßes: "Statue of Peace - Kunst und vergessene Erinnerung". Kurz zur Ankündigung:

"Die Friedensstatuen (Statues of Peace) von KIM Seokyung & KIM Unsung erinnern an die über 200.000 Mädchen und Frauen, denen das japanische Militär während des Asien-Pazifik-Krieges (1937 - 1945) im gesamten asiatisch-pazifischen Raum sexuelle Gewalt zufügte. Die Podiumsdiskussion befragt künstlerische, kursorische und politische Diskurse der Skulptur und beleuchtet

die Rolle einer Statue of Peace für Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik von sexualisierter Gewalt im 2. Weltkrieg in Japan, Südkorea und Deutschland und in einem globalen Kontext“.

Die Ankündigung der Veranstaltung führte zu hunderten Anrufen bei den Veranstaltern, Fördermittelgeber:innen und Kooperationspartnern sowie zu dutzenden postalisch eingesendeten Protestbriefen. Offenkundig hatten staatliche japanische Stellen den Protest von empörten Bürger:innen inszeniert, um Druck auszuüben und die Veranstaltungen zu verhindern. Interessanterweise wurde dabei das Argument geäußert, dass auch Japan sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen würde. Hier zeigt sich die Freiheit der Kunst gegenüber der Diplomatie: Als Teil der Zivilgesellschaft beschäftigen sich Kulturschaffende in einer globalisierten, offenen Gesellschaft mit Unrecht und Gewalt andernorts mit ihren jeweiligen künstlerischen Mitteln.

Die Umgangstrategie der beteiligten Künstler:innen des Projekts „Art 5 - Kunst und Demokratie“ mit den Einschüchterungsversuchen basiert auf drei Aspekten: Im Vorfeld des Projekts wurde durch Austausch und Wissenstransfer ein kundiges, reaktionsfähiges und vielschichtiges Netzwerk unterschiedlicher (staatlicher und zivilgesellschaftlicher) Akteur:innen gebildet. Transparenz unter den Kooperationspartnern stellte sicher, dass alle frühzeitig über das Risiko einer Einflussnahme und Einschüchterung, zuungunsten der geplanten Veranstaltung, informiert waren. Als Reaktion auf die Anfeindungen wurde rasch durch Pressearbeit eine öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt, wobei auch von Partnerinstitutionen, wie abgesprochen, öffentliche Reaktionen eingefordert wurden. Zusätzlich schuf man öffentliche Diskursplattformen, um eine sachorientierte und transparente Auseinandersetzung zu ermöglichen.

## IV. Künstlerische Praxis als Arbeit an der Offenen Gesellschaft

Kunst fördert die Ambiguitätstoleranz der Zuschauer:innen, ermöglicht die Darstellung gesellschaftlicher Realität und imaginer Utopien, eröffnet einen öffentlichen Diskurs- und Begegnungsraum und alternative Perspektiven. Künstlerische Praxis ermöglicht das Einüben demokratischer Praktiken (Kompromissfindung, Teamarbeit etc.) und fördert Selbstermächtigung und Persönlichkeitsbildung.

Kunst kann einen wesentlichen Beitrag zu einer kritisch-konstruktiven Zivilgesellschaft leisten. Das künstlerische Feld kann jedoch nur dann sein Potenzial voll entfalten, wenn die politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen eine freie Betätigung sicherstellen. So können Stadtbüchereien zu öffentlichen, niederschweligen Marktplätzen der Demokratie werden, die Begegnungsräume der Differenz ermöglichen und somit unwahrscheinliche Begegnungen zwischen Bürger:innen ermöglichen. Was bedeutet es für die Offene Gesellschaft, wenn die Räume der Kunst enger werden? Ist das eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft oder nur für die Kunst?

### ERWARTUNGEN AN DIE ZUKUNFT

Eingeleitet wurden die sechs Workshops in Bochum, Halle, München, Dresden, Hamburg und Erfurt jeweils mit der Frage: „Welche Schlagzeile willst Du in einem Jahr zum Thema Kunst und Kultur lesen?“. Viele Antworten geben Aufschluss darüber, inwiefern die Teilnehmenden ihre Praxis als Arbeit an der Offenen Gesellschaft begreifen. Drei Beispiele:

*“Kunst als Motor für gesellschaftliche Transformation“*

*“Kunst ist Bildung und systemrelevant“*

*“Mehr Bürger:innen engagieren sich in Zukunftswerkstätten oder Kultureinrichtungen. Bürger:innen verlieren Politikverdrossenheit.“*

Angesichts illiberaler, anti-demokratischer Kräfte in unserer Gesellschaft gilt es, Netzwerke des Erfahrungsaustausches und der Solidarität zu spinnen, um vorbeugend Handlungsbereitschaft aufzubauen. Den verschiedenen Funktionsebenen des Staates (Kommunen, Länder, Bund, Justiz, Polizei) kommt dabei die Rolle zu, die Kunstfreiheit unmissverständlich zu schützen und die Mittel zu einer freien, angstfreien Entfaltung einer pluralen Kulturlandschaft bereitzustellen. Zur Stärkung des künstlerischen Feldes als gesamtgesellschaftlichem, öffentlichem Gut kommt Künstler:innen wiederum die Aufgabe zu, Barrieren abzubauen und Zugänglichkeit herzustellen: Kunstinstitutionen müssen fortwährend daran arbeiten, inklusiver zu werden und ungehörten, marginalisierten Stimmen und Perspektiven Sichtbarkeit und Repräsentation zu ermöglichen. Dabei müssen Rassismus, Sexismus, Klassismus etc. auch innerhalb der Institutionen strukturell bekämpft werden, um die eigene Legitimation in einer radikal diversen Gesellschaft zu bestätigen. In diesem Sinne kann Kunst zu einer Erweiterung des Blicks und der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung beitragen und zugleich den bestehenden Herrschaftsraum sichtbar machen. Im Übrigen sind Künstler:innen bei diesem Bemühen nicht dazu aufgerufen, im Sinne einer falsch verstandenen Demokratisierung von Kunst ästhetische Zeichensysteme zu verschlichten, denn (paradoxerweise) fördert Kunst die Offene Gesellschaft gerade durch Ambiguität, Irritation und Provokation.

Zuletzt sei eine selbstkritische Bemerkung ergänzt: Jede Methode und Handlungsanweisung, die eigene Position im gesellschaftlichen Feld zu stärken und eine Diskurshegemonie (und sei es auch eine, die Differenz begünstigt) zu behaupten, kann auch von anderer Seite aufgegriffen und genutzt werden.

Angesichts illiberaler Einflussnahme, anti-demokratischer Einschüchterung und anti-pluralistischer Anfeindungen erscheint eine Verschränkung der politischen Ebenen und ihrer Bemühungen unerlässlich. Insbesondere in Bezug auf die kommunale Kulturförderung werden Projektmittel und strukturierte Projektförderung von höheren politischen Ebenen für Zivilgesellschaft und Kunst zunehmend wichtig: Sich verändernde politische Mehrheiten und ein lähmendes Abgrenzungsproblem zwischen dem konservativen Lager und dem

rechtspopulistisch-rechtsradikalen Lager erschweren Kulturschaffenden den Zugang zu Projektmitteln. Kunst ist zwar verfassungsgemäß Aufgabe der Länder, dennoch muss der Bund Programme und Kapazitäten aufbauen, um lokale politische Blockaden überbrücken zu können und Akteur:innen einer pluralistischen Offenen Gesellschaft zu stärken. Kunstfreiheit kann als eine Grundlage und ein Kennzeichen der Offenen Gesellschaft verstanden werden. Diesen Spagat gilt es in der Kunstpolitik zu meistern: Kunst im Rahmen von Demokratieförderung zu stärken, ohne in die Kunstfreiheit und die (programmatische) Autonomie des künstlerischen Feldes einzugreifen.

Als mögliche Folgeprojekte werden insbesondere die Erstellung einer Broschüre zum Neutralitätsgebot angeregt, die Akteur:innen vor Ort eine Legitimations- und Argumentationsgrundlage gegen den Missbrauch dieses Rechtsprinzips verschafft. Außerdem wird angeregt, dass die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsradikalen Anfeindungen gezielt mit konservativen Akteur:innen im ostdeutschen, ländlichen Raum wiederholt wird, um insbesondere Kommunalpolitiker:innen – im Sinne einer antifaschistischen, demokratischen und Offenen Gesellschaft – in ihren Abgrenzungsbemühungen zu unterstützen.



## Autor:innen



**Martín Valdés-Stauber** ist seit 2017 als Dramaturg Teil des künstlerischen Leitungsteams der Münchner Kammerspiele, wo er den künstlerischen Forschungsbereich "Erinnerung als Arbeit an der Gegenwart" leitet. Er studierte Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie in München, Friedrichshafen, Berkeley und Cambridge. Martin lehrt an verschiedenen Universitäten und setzt sich insbesondere mit der Verschränkung von künstlerischen, literarischen und soziologischen Wissen über die Stadt auseinander. Er ist zudem ehrenamtlich als „Beauftragter für Offene Gesellschaft“ in seiner Heimatstadt Kaufbeuren tätig.



**Paulina Fröhlich** leitet den Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Sie verantwortet die europäische Demokratiekonferenz „Innocracy“ und ist Co-Autorin von Studien und Discussion Papers zu demokratiepolitischen Fragen der sozial-ökologischen Transformation. Nach dem Studium der Geographie, Islamwissenschaft und des Wassermanagements, gründete Paulina mit anderen die Initiative Kleiner Fünf, welche Menschen darin unterstützt, mithilfe "radikaler Höflichkeit" gegen Rechtspopulismus aktiv zu werden. Als Kommentatorin des politischen Geschehens ist sie öfter in der Mittagssendung von Deutschlandfunk Kultur, sowie regelmäßig in „Die Frage des Tages“ von RBB Kultur zu hören.



**Paul Jürgensen** ist Grundsatzreferent des Progressiven Zentrums. In dieser Funktion verantwortet er übergreifende Projekte in den Themenfeldern gerechte Transformation und progressives Regieren. Zuvor war er als Project Manager im Programmbereich Zukunft der Demokratie tätig und arbeitete zu Repräsentation und Teilhabe, demokratischen Innovationen und Visionen sowie zum Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus. Paul ist u.a. Co-Autor des Buches „Schleichend an die Macht“ (Dietz Verlag, 2020) sowie der Studie „Brücken bauen für die Demokratie“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2020). Vor seiner Tätigkeit beim Progressiven Zentrum hatte er einen Lehrauftrag an der Universität Hamburg inne. Er studierte Staatswissenschaften und Politics, Economics and Philosophy in Passau, Hamburg und Cardiff.

## Danksagung

Der Erfolg des mehrjährigen Projektvorhabens "The Art of Democracy - Countering Populism in Arts & Culture" beruht in erster Linie auf der Bereitschaft von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Personen aus Verwaltung und Politik, in den gemeinsamen Austausch zu treten und die eigenen Erfahrungen zu teilen. Wir sind all jenen Menschen aus sechs Bundesländern für ihre Teilnahme an unseren Workshops sehr dankbar. Wir danken ebenso den Expert:innen, die uns zu Beginn unseres Vorhabens inspiriert, kritisiert und beraten haben. Zweitens möchten wir unserer Kooperationspartnerin der Kulturpolitischen Gesellschaft danken. Von Beginn an führten wir miteinander einen kritisch-konstruktiven Dialog über (Un)möglichkeiten, Ziele und Methoden. Wir haben viel von Euch gelernt. Drittens gilt ein herzlicher Dank Björn Scheffler, welcher von Seiten des Progressiven Zentrums das Projekt intensiv und aufmerksam begleitete. Sein Organisationstalent und wacher Geist waren dem Projekt eine große Bereicherung.

**Das Papier ist Teil des Projekts "The Art of Democracy - Countering Populism in Arts & Culture", welches das Progressive Zentrum in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. durchführte. Gefördert wurde dieses Vorhaben vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!".**

# Impressum

## DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

### Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnützig anerkannter

Berliner Think Tank. Wir entwickeln und debattieren Ideen für den gesellschaftlichen Fortschritt – und bringen diejenigen zusammen, die sie in die Tat umsetzen. Unser Ziel als Think Tank: das Gelingen einer gerechten Transformation. Hierzu arbeiten wir unter anderem im Schwerpunkt "Resiliente Demokratie". Wir sind überzeugt: zur Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie gehört es, angesichts neuer Herausforderungen dazuzulernen, Grundfesten zu verteidigen und sie kontinuierlich zu (re-)demokratisieren. Seit dem Jahr 2007 setzen wir mit unseren Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt.

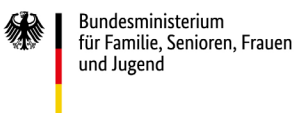
### KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

### Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

wurde 1976 gegründet und ist die Plattform für kulturpolitische Diskurse in Theorie und Praxis in Deutschland. Sie steht für den Grundsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« und ist eine parteipolitisch unabhängige bundesweite Vereinigung zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung auf den Gebieten Kunst, Kultur und Kulturpolitik.

Die Veröffentlichung stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

### Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten vom Progressiven Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-024-1

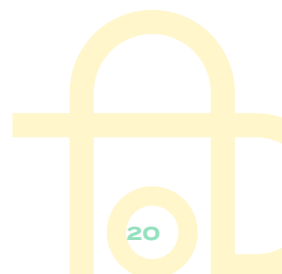
© Das Progressive Zentrum e.V., September, 2022.

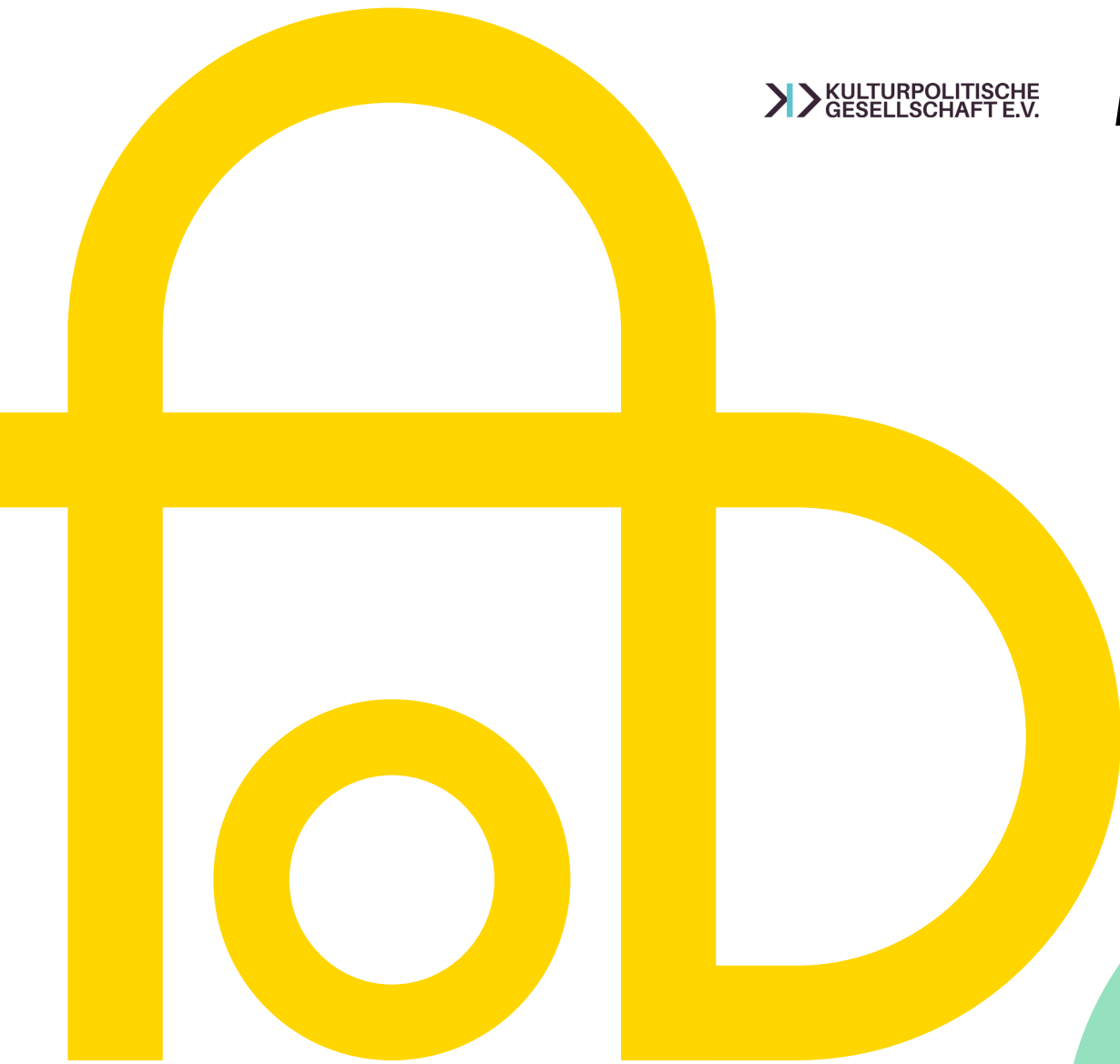
V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V. | Werftstraße 3,  
10577 Berlin

Vorsitzende: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder,  
Judith Siller, Joachim Knodt  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert  
Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats:  
Prof. Dr. Anke Hassel

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

Korrektorat: Sophie Borkel und Maren Hölscher  
Layout & Grafikdesign: Selin Estroti





Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Dem Fortschritt eine Richtung geben.